



PRESSEMITTEILUNG

Hartmann-Müller verurteilt Untätigkeit der Bundesregierung

„Ich bin fassungslos angesichts der Ignoranz der Bundesregierung gegenüber den Menschen bei uns am Hochrhein. Die Schließung der Notfallpraxen hätte verhindert werden können,“ kritisiert CDU-Landtagsabgeordnete Sabine Hartmann-Müller scharf. Ein Versorgungschaos im Dreiländereck müsse nun um jeden Preis verhindert werden.

Waldshut-Tiengen, 26.10.2023

Sabine Hartmann-Müller MdL

Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 8420
sabine.hartmann-mueller@
cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 83 52 605
sabine.hartmann-mueller.wk@
cdu.landtag-bw.de



„Gerade bei uns im ländlichen Raum sind die sogenannten „Poolärzte“ ein unerlässliches Element für die Sicherstellung einer umfassenden ambulanten Versorgung und der Entlastung der niedergelassenen Vertragsärzte,“ hebt die Landtagsabgeordnete hervor und schlägt Alarm: „Die Versorgungssicherheit ist durch das fahrlässige Handeln der Ampel nicht mehr gewährleistet.“

Zudem befürchtet sie eine Überforderung der Krankenhaus-Ambulanzen, wenn die Menschen keine konkrete Anlaufstelle haben, an die sie sich bei akuten Beschwerden wenden können.

„Leider gibt die Ampel dasselbe chaotische Bild ab, das wir schon von vielen anderen Themen kennen. Durch die Schaffung einer Ausnahmeregelung bei der Beitragspflicht für die Poolärzte hätte die aktuelle Situation vermieden werden können,“ betont Hartmann-Müller. Gegen eine solche Sperre sich die Bundesregierung jedoch, eine schnelle bundesrechtliche Lösung ist daher nicht absehbar. Unverständlich sei dies vor allem vor dem Hintergrund, dass nach einem ähnlichen Urteil für Notärzte im Rettungsdienst 2021 eine solche gesetzliche Regelung geschaffen wurde.

„Durch viele Gespräche mit Verantwortlichen der Krankenhäuser und medizinischen Dienste sehe ich hier schon länger akuten Handlungsbedarf und bin diesbezüglich in regem Austausch mit meinen Kollegen im Bundestag, Felix Schreiner und Diana Stöcker,“ hebt die Abgeordnete hervor.

Hartmann-Müller fordert nun eine schnelle Lösung durch Gesprächen von Bund, Land und kassenärztlichen Vereinigung. Sie macht deutlich, dass nun vor allem der Bund

gefordert sei, unverzüglich gesetzgeberisch nachzusteuern und die Bevölkerung im ländlichen Raum nicht vor Ort alleine zu lassen.

„Die zeitnahe Öffnung der betroffenen Praxen muss oberste Priorität haben. Wir brauchen verlässliche Strukturen in der medizinischen Versorgung,“ betont die Abgeordnete.

Die sogenannten „Poolärzte“, die aus ihrer Anstellung im Krankenhaus oder aus dem Ruhestand heraus den vertragsärztlichen Bereitschaftsdienst unterstützen, sind laut Urteil des Bundessozialgerichts nicht automatisch selbstständig und damit sozialversicherungspflichtig. Die kassenärztliche Vereinigung sah sich gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen und schloss von den 115 Notfallpraxen in Baden-Württemberg ab sofort sechs teilweise und acht komplett. Das trifft die Region im Dreiländereck besonders, denn zwei der geschlossenen Praxen liegen in Schopfheim und Bad Säckingen.